

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu Drs. 5/9712

Thema: **Große Anfrage „Beobachtung rechtsextremistischer Bestrebungen und Organisationen im Freistaat Sachsen“**

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Sächsische Landtag steht für ein Zusammenleben in Vielfalt in Sachsen und bekennt sich zum Engagement gegen Rassismus, Neonationalsozialismus und Menschenfeindlichkeit. Initiativen, Vereine und Verbände, die sich in diesen Bereichen engagieren, haben die Unterstützung des Landtages.
2. Die extreme Rechte bleibt weiterhin ein ernst zu nehmendes Problem in Sachsen. Der Landtag beobachtet mit Sorge, dass die neonationalsozialistische Szene in Sachsen entgegen dem sonstigen Trend anwächst und eine neue Tendenz hin zu festeren Zusammenschlüssen in dieser Szene zu beobachten ist.
3. In Sachsen findet weiterhin eine erschreckend hohe Anzahl rechtsextremistischer Konzerte statt. Darüber hinaus sind in Sachsen weiterhin eine Reihe (Musik-) Versandhandel ansässig, die bundesweite Bedeutung haben. Musik und Konzerte dienen als Einstiegswege in die rechte Szene und insbesondere in die politische Ideologisierung und dürfen daher nicht als unbedeutend abgetan werden.
4. Das Landesamt für Verfassungsschutz kann im Rahmen seines Auftrages kein umfassendes Lagebild zur Situation der rechten Szene in Sachsen liefern. Es ist insbesondere nicht in der Lage, valide Einschätzungen zur gesellschaftlichen Verankerung rassistischer, antipluralistischer und antidemokratischer Einstellungen zu liefern. Das Landesamt für Verfassungsschutz kann daher nicht die alleinige Definitionsmacht in diesem Bereich erhalten, sondern muss durch wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Expertise ergänzt werden.

Dresden, den 17. Oktober 2012

b.w.


Antje Hermenau, MdL
und Fraktion

Eingegangen am: 18. OKT. 2012

Ausgegeben am: 18. OKT. 2012

5. Die NPD verliert auch in Sachsen weiterhin an Bedeutung. Daher lehnt der Landtag einen alleinigen Fokus auf die NPD in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten ab.

II. Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die sogenannte 'Demokratieerklärung' für Vereine und Verbände unverzüglich abzuschaffen.
2. eine regelmäßige Umfrage ähnlich dem Thüringen-Monitor durch ein unabhängiges Institut zu beauftragen, in der Einstellungen der Bevölkerung zur Demokratie erhoben werden, um Problemlagen besser zu erkennen und darauf reagieren zu können.
3. verstärkt auf wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Analysen bei der Erfassung des Bereichs 'Rechtsextremismus' zurückzugreifen und daraus Handlungsoptionen abzuleiten.

Begründung:

Die Antworten auf die Große Anfrage zeigen, dass Sachsen weiterhin ein regionaler Schwerpunkt sowohl des parteigebundenen Spektrums als auch der parteiungebundenen Spektren der extremen Rechten ist. Durch das Aufdecken des Unterstützernetzwerkes des Nationalsozialistischen Untergrundes wird auch immer deutlicher, dass die extreme Rechte in Sachsen jahrelang von staatlicher Seite (dramatisch) unterschätzt wurde.

Die Entwicklungen in Sachsen machen deutlich, dass Initiativen, Vereine und Verbände in ihrer Arbeit gegen rechte Einstellungen und Strukturen vor Ort und zur Stärkung der Demokratie stärker als bisher unterstützt werden müssen und der durch die sogenannte 'Demokratieerklärung' in den Raum gestellte Generalverdacht endlich durch die komplette Abschaffung der Klausel ausgeräumt werden muss.

Aus der Großen Anfrage geht auch hervor, dass sich die Staatsregierung bei der Einschätzung der Situation des Rechtsextremismus in Sachsen fast ausschließlich auf die Erkenntnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz verlässt. Damit ist es ihr unmöglich, rechte, d. h. rassistische, homophobe, menschenfeindliche und antidemokratische Tendenzen in der sächsischen Bevölkerung zu erfassen und zu erkennen. Gezielte präventive Arbeit wird so mindestens erschwert. Daher ist es notwendig, eine solide wissenschaftliche Grundlage auch für diesen Bereich zu schaffen und damit die Deutungshoheit des Verfassungsschutzes einzuschränken.

Die Große Anfrage zeigt auch, dass die NPD weiterhin an Bedeutung – sowohl bei der Mitgliedschaft als auch beim Wählerzuspruch – verliert. Daher kann dies nicht der alleinige Fokus der Staatsregierung sein.